

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und (30) Bezahlungsbeitrag, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 6.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 8. Januar 1931.

13. Jahrgang.

Menschen bau'n, die Türme sollen
Ein Jahrtausend überdauern;
Doch der Rost zerfrisst das Eisen
Und das Moos zernagt die Mauern.

Fr. W. Weber.

Umschau.

— Ein schlechter Jahresanfang. — Ungelöste Fragen. —
Frankreich und England gegen Abrüstung. — Trübe Re-
visionsaussichten. — Mussolinis Rundfunkbotschaft. —
Zu neuen Ufern? —

Das neue Jahr hat welt- und wirtschaftspolitisch nicht gerade verheißungsvoll begonnen. Während in Stuttgart ein Nationalsozialist von Kommunisten niedergestochen und in Gotha ein schwerer Sprengstoffanschlag gegen die Geschäftsstelle der NSDAP verübt wurde, sind auch im streikenden Ruhrrevier tobringende Schüsse gefallen. Versailles, die Tribute — die Youngtribune belastet uns ja bereits schärfer als die Dawestribune — sowie unsere unheilvolle Nachkriegspolitik in Reich, Ländern und Gemeinden bedrohen die nackte Existenz des deutschen Volkes immer augenfälliger. Daß einzelne Industriezweige und vor allem die Großbanken noch erhebliche Gewinne machen, ist ohne weiteres einzuräumen, genau, wie es ja auch immer noch eine ganze Reihe von Posten im öffentlichen Leben gibt, die weit über Gebühr dotiert werden. Aber es hieße doch mit Blindheit geschlagen sein, wenn man nicht einzusehen vermöchte, daß die Wirtschaft im ganzen und die Massen des Volkes von Tag zu Tag mehr ins Elend hinabsinken. Man ist vielfach so leicht geneigt, die Mißposten von der Not der Wirtschaft als „Mache“ auszudeuten. Aber die sich häufenden Selbstmorde gerade in den Kreisen der Unternehmer sprechen doch eine grausig deutliche Sprache. Noch gestern wieder hörte ich, daß sich der Besitzer eines mir wohl bekannten Werkes vor einigen Wochen erschossen hat, weil er den krampfhaften, aber vergeblich abgewehrten Zusammenbruch seines von jeher blühenden Unternehmens nicht überstehen zu können glaubte. Solche erschütternden Fälle, die sich unmittelbar an der Peripherie des persönlichen Erlebens abspielen, gehen einem ganz besonders nach und mahnen einen bei der Beurteilung eines im allgemeinen nicht sonderlich beliebten Berufsstandes zu doppelter Vorsicht. Die von den Konkursen und Stilllegungen betroffenen Arbeitnehmer aber sind dem jammervollen Schicksal der Arbeitslosigkeit überantwortet, gehen stumm, hungrig und frieren, starren in eine trostlose Zukunft. Nichts ist verheerender als das Gefühl des Ueberflüssigseins. Und auch der Arbeitnehmer findet sich mit diesem niederschmetternden Geschick nicht ab. Seine unfreiwillige wirtschaftliche Passivität schlägt um in höchste politische Aktivität. Er geht auf die Straße und versucht die Führung des Staates und der Wirtschaft selbst in die Hand zu nehmen, nachdem sie trotz aller leichtfertigen parteipolitischen Versprechungen immer wieder kläglich versagt hat. Die Arbeitnehmer wie das gesamte deutsche Volk sind des kleinlichen Parteigekränkes satt, sie dürften nach Führung. Wenn man die Parteizeitungen der verschiedenen Richtungen liest — was findet man anders als das übliche, leider allzu übliche Geschimpfe auf diese oder jene Konkurrenzpartei! Hier ist es Eugenbergs, dort ist es Thälmanns oder Hitlers, über die der Stab gebrochen wird, und immer ist es die eigene Politik, die über den grünen Klee gelobt und als der einzige Ausweg aus dem Chaos angepriesen wird. Und was kommt schließlich dabei heraus? — Das große Chaos, in dem wir schon längst mitten drin stehen und das keine andere Wirkung haben kann als eine Radikalisierung der Massen, wie sie die deutsche Parteigeschichte noch nicht erlebt hat. Alles Gejammer gegen das unaufhaltsame Anschwellen der radikalen Flügelparteien ist fruchtlos, solange Versailles und Marxismus das Schicksal des deutschen Volkes bestimmen. Mit welchen geradezu kindlichen Mitteln man z. B. den Nationalsozialisten das Wasser abzugraben sucht, geht aus einem uns zugesandten Wochenblatt hervor, dem es aus irgendeiner Weise zugetragen worden ist, daß in der Erlanger Universitätsbibliothek im letzten Sommersemester das Buch „Old Shatterhand“ von Karl May 343-mal verlangt worden ist. Daraus nun, daß die Erlanger Studentenschaft zu drei Vierteln nationalsozialistisch ist, zieht jenes Wochenblatt den Schluß: „Deutschlicher als durch diese Tatsache kann die geistige Rückständigkeit der hakenkreuzlerischen „Intelligenz“ nicht gekennzeichnet werden.“ — Ich glaube, es gibt wenige Gymnasiasten und Studenten der Vorkriegszeit, welche

die Indianergeschichten von Karl May nicht mit Begeisterung verschlungen haben. Daß die Bücher von Karl May in rein literarischer Beziehung keine Meisterwerke sind, steht außer Frage. Dennoch aber erscheint uns eine Jugend, die in ihren paar Ruhestunden „Old Shatterhand“ oder „Winnetou“ liest, wesentlich sympathischer als eine Jugend, die zu gewissen Werken der neudeutschen Literatur greift, die zwar dank dieser oder jener Reklametrommel ein hohes literarisches Ansehen genießen, aber im Grunde nichts anderes als übelster Schmutz und Schund sind. Wir haben ganz gewiß keinen Anlaß, für die Nationalsozialisten eine besondere Lagne zu brechen; aber eins ist uns klar: wer die Radikalisierung unseres politischen Volkslebens wirklich mit Erfolg abfangen will, der vermag es nur, indem er die Ursachen unserer Volksnot beseitigt, und die heißen immer noch: Versailles, Youngdiktat, Marxismus und Volksausbeutung durch das internationale Finanzkapital! Wir waren maßlos erstaunt, als wir dieser Tage vor einem Großkaufmann standen, der nie in seinem Leben das graue Gespenst der Not gekannt hat, sich aber nun plötzlich am Ende sieht und sagte: „Ich habe meiner Partei, die ich dreißig Jahre hindurch gewählt habe, aufgesagt. Ich bin Nationalsozialist!“ Und an demselben Tage noch stand ich im Industriegebiet vor einem jungen Gemeinschaftsmann, der sah mich an aus tiefen, treuen Augen, reichte mir die schweißige Bergmannsfaust, und als ich ihn nach der Politik fragte, sagte er: „Ich bin S.-A.-Führer!“ — Ein Gemeinschaftsmann S.-A.-Führer — das riß aufs neue wieder das alte und ewig ungelöste Problem „Christ und Politik“ in meinem Innersten auf. Stundenlang habe ich auf der Heimfahrt über diese Frage nachgedacht, über die kein Sterblicher eine befriedigende Antwort zu geben weiß. Der junge Gemeinschaftsmann wußte sich in der Führung seiner S.-A.-Abteilung genau so gut vor Gott und seinem Gewissen verantwortlich, wie mancher andere Christenmensch, der die Nationalsozialisten aus derselben weltanschaulichen Grundstellung heraus bekämpfen zu müssen glaubt. Wir kennen manche — uns weltanschaulich nahestehende — Sozialisten und Deutsch-nationalen, Christlich-Soziale, Mittelparteiler und Nationalsozialisten, aber es wäre eine ungeheuerliche Vermessenheit, die einen oder anderen dieser unserer Begliffenen wegen ihres parteipolitischen Bekenntnisses als Christen zweiter Klasse abzustempeln zu wollen. Das wäre Frevel. Denn wir wissen nicht, aus welcher all dieser Parteien unser Herrgott den Führer ersehen läßt, der unser armes deutsches Volk einer besseren Zukunft entgegenführt. Dieser Führer aber tut uns not. Von diesem Führer hängt alles ab. Sein „System“ ist Nebensache. Sein Handeln allein entscheidet! Es wäre müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, wer dieser kommende Führer sein wird. Gottes Wege sind oft sonderbar. Daß er aber auch dem deutschen Volke noch einmal einen Retter aus der Not schicken wird, ist unser Glaube. Und daß er ihn bald schicken möge, ist unsere Hoffnung!

Denn nicht nur rein wirtschaftlich, nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch gestaltet sich die Lage unseres Vaterlandes immer besorgnisserregender. Frankreich, das dank der aus Deutschland herausgepreßten Kriegskriegsbeiträge 54 Milliarden Gold aufgehäuft hat und sich jede Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft leisten kann, vertritt immer unverschämter den Standpunkt, daß das Versailler Diktat in puncto Abrüstung die Siegerstaaten zu nichts verpflichtet. Und der Engländer Lord Cecil, der noch zu Neujahr so wundervolle Worte des Friedens und der Abrüstung gefunden hat, bekennet sich wiederum — genau wie in Genf — zu dem Standpunkt der Franzosen, indem er kategorisch erklärt, daß auch nach dem Vertrag von Versailles irgendein „Vertragsrecht auf der Grundlage der Gleichberechtigung nicht bestehe“. Das ist deutlich genug ausgedrückt und bedeutet praktisch nichts anderes, als daß Deutschland hinsichtlich seiner Abrüstungsforderungen von England keine Unterstützung zu erhoffen hat. Wohin aber das hemmungslose Rüstren Frankreichs führt, hat Mussolini in seiner Rundfunkbotschaft an das amerikanische Volk deutlich zum Ausdruck gebracht. Auch in einer Unterredung, die ein Berichterstatter der englischen „Daily Mail“ mit Mussolini hatte, betonte der italienische Duce seine Besorgnis über „das dauernde Anwachsen der Rüstungen und die zunehmende Kriegsgefahr in Europa“. Die Ursache dieser europäischen Kriegsgefahr aber liege in der großen Ungleichheit der Rüstungen, und die vorhandene militärische Vorherrschaft einer Gruppe von Staaten (gemeint ist Frankreich, die Kleine Entente und Polen) mache die nominelle Gleichberechtigung innerhalb des Völkerbundes zu einem Trug. Die militärische

Hegemonie, die Frankreich in Europa geschaffen habe, halte den gesamten Kontinent in Gärung. Neben der Verminderung der Rüstungen sei die Revision der Friedensverträge unbedingt erforderlich, um Europa das Gefühl der Sicherheit zurückzugeben. Es gebe moralische Absurditäten, die wiedergutmacht werden müßten.

Leider scheint aber auch gerade in letzterem Punkte England immer mehr mit Frankreich Hand in Hand zu gehen. Es haben nämlich dieser Tage in Paris zwischen den maßgebenden französischen und englischen Finanzpolitikern Besprechungen über das internationale Schuldenproblem stattgefunden, die zwar angeblich rein technischer Natur gewesen sein sollen, aber — wie sich inzwischen herausgestellt hat — doch zu gewissen Abreden hinsichtlich der deutschen Revisionsforderungen geführt haben. Und zwar scheint sich England nicht nur jeder Revision des Youngplanes außerhalb der im Youngdiktat vorgesehenen Bestimmungen energisch widersetzen zu wollen, sondern es hat sich auch auf den Standpunkt gestellt, daß ein etwaiger Antrag Deutschlands auf eine Verzögerung der Tributzahlungen gemäß dem Youngdiktat durchaus unerwünscht sei. Immer deutlicher wird es, daß wir außenpolitisch vor dem völligen Zusammenbruch des bisherigen sogenannten „Stresemannkurses“ stehen. „Selten ist eine Epoche so reiflos liquidiert worden“, schreibt eine Monatschrift der politischen Mitte, „wie diejenige von 1923 bis 1928.“

„Gleichzeitig mit der äußeren Liquidierung dieser Epoche“, fährt die gleiche Monatschrift fort, „ist eine innere vor sich gegangen. Das deutsche Volk, das fast zehn Jahre in ziemlicher Dummheit dahinlebte, ist zu einem neuen Eigenleben erwacht. Ein neues Nationalgefühl ist seit kurzer Zeit im Wachen begriffen und ergreift weite Volkskreise. Dieses Nationalgefühl ist heute noch unbestimmt und dumpf, es ist auch nicht zu vergleichen mit dem alten Nationalismus, der sich teilweise bis heute gehalten hat. Es befindet sich im Gegenteil auf einem ganz neuen Boden. Denn dieses Nationalgefühl ist untrennbar mit dem Sozialen verbunden. Diese enge Verbindung mit dem Sozialen garantiert allein, daß es sich hier wirklich um echtes, ursprüngliches Erwachen des Nationalgefühls handelt.“

Wir haben nur den einen heißen Wunsch: daß dieses Erwachen des deutschen Volkes unserem Vaterlande die innere und äußere Freiheit bringen möge, um die so manche Kreise und Parteien unseres Volkes ringen. Nationale Begeisterung ist viel, aber nicht alles. Erst wenn sich Klugheit mit ihr paart, vermag sie ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Der Himmel aber behüte uns vor einer unbefonnenen Tat, denn sie würde den völligen Zusammenbruch unseres schönen deutschen Vaterlandes bedeuten. S.

Ist Söderblom Freimaurer?

Damit beschäftigt, dem Aufwärtigen einen neuen Leser zu gewinnen, werde ich im Anschluß an die „Begegnung mit Erzbischof Söderblom“ (Nr. 302) vor die Frage gestellt: Ist Söderblom Freimaurer? Ich konnte die Frage nicht beantworten und bitte nun um öffentliche Beantwortung im Aufwärtigen, wobei zugleich dieselbe Frage im Blick auf die im gleichen Artikel genannten führenden Männer, wie den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, den englischen Ministerpräsidenten MacDonald, den amerikanischen Präsidenten Hoover, den ehemaligen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, den englischen Lord Barmoor gestellt sei.

Und zugleich sei in diesem Zusammenhang der ganze Complex „Kirche und Freimaurerei“ noch einmal wieder aufgenommen. Bekanntlich ist diese Frage vor ein paar Jahren mal lebhaft erörtert worden. Aber dann ist es merkwürdig schnell und ohne daß irgendein Resultat wenigstens in dem Sinne, daß Pastoren der Loge nicht angehören sollten, erzielt wurde, wieder ganz still um diese Sache geworden. Dabei handelt es sich anerkanntermaßen um eine äußerst einflussreiche Genossenschaft, deren Einfluß sich freilich bis in die Kirche eigentümlich nicht bemerkbar machen dürfte. Oder doch? Wird uns nicht gesagt, daß die Freimaurerei als „Männerkirche“ und überhaupt nach ihren Grundsätzen gerade der evangelischen Kirche besonders wertvolle Dienste leistet?

Die Freimaurerei eine Männerkirche? Selbst wenn sie das wäre, wäre sie von der Kirche abzulehnen, weil sie die Männer absondert und vielfach der Gesamtkirche entzieht, und das ist doch das Größte, was von der Kirche gesagt werden kann, daß es heißt: Sie ist nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib. Wer die Freimaurerei ist auch nicht mal Männerkirche,

höchstens Zusammenschluß einer gewissen Gruppe von Männern. Oder ist es nicht so, daß vielleicht nicht grundsätzlich, aber faktisch ein gewisses Maß von Bildung und Besitz Voraussetzung der Zugehörigkeit, der Aufnahmeberechtigung bildet?

Weiter: Was motiviert überhaupt zum Beitritt? Ist es nicht meist, wenn nicht in jedem Fall die Erwartung, Konnektion zu finden, Konnektion in allseitiger Bedeutung des Wortes, wie sie bei dieser Genossenschaft eine ganz besondere Rolle spielt, so sehr, daß man bei jedem „Erfolgreichen“ auf kaufmännischem, technischem, wissenschaftlichem, diplomatischem und fast jedem anderen Gebiet geradezu fragen sollte: ist er Freimaurer?

Ob dieses Motiv nicht in der Mehrzahl der Fälle von ausschlaggebender Bedeutung beim Eintritt ist? Da soll man aber dann noch nicht von den hohen Idealen reden, denen man in jenen Kreisen lebt und mit denen man doch erst nach dem Eintritt voll bekannt gemacht wird, nachdem man vorher, ohne genaue Kenntnis des Nachfolgenden, nicht ohne Anwendung des Furchtmotivs bei den Aufnahmeverfahren gelübbemäßig verpflichtet ist, obwohl nicht geeignet werden soll, daß mit gewissen hohen Idealen in diesen Kreisen vielfach durchaus Ernst gemacht wird.

Oder kann ein Außenstehender über diese Dinge nicht richtig urteilen? Vielleicht, wie auch in anderen Zusammenhängen in mancher Hinsicht richtiger als der eingeschuldete Anhänger, der sich durch allerlei Bande äußerlicher und innerlicher Art unlöslich mit dem Institut verknüpft weiß.

Daß viele vorzügliche, echt deutsche Männer unter den Freimaurern sind, wird niemand bestreiten. Aber — um noch einen der diskutierten Punkte aufzunehmen — was es um die Internationalität der Freimaurer ist, das kann andererseits kein deutscher Freimaurer beurteilen, der ständig nur im Inlande gelebt hat. Ueber die Beziehung deutscher Freimaurer zu britischen Logen, an deren Spitze kluge Briten, prominente Mitglieder des britischen Königshauses stehen, hat der Schreiber dieser Zeilen während des Krieges und nach dem Kriege in Britisch-Südafrika sehr lehrreiches beobachtet können.

Eine Kirche, die auf sich selbst hält, an sich selbst glaubt als Trägerin vollbefriedigender Wahrheit, sollte von ihren Gläubigern jedenfalls verlangen, daß sie keiner Genossenschaft angehören, die ihre Glieder durch besondere, geheime, übergeordnet-absolutive Verpflichtungen besonders an sich bindet. Wer an seine Kirche glaubt, muß in ihr volles Genüge haben. Hat er das nicht, so sollte er wenigstens nicht ein Diener dieser Kirche sein. Die selbstbewußte, kraftvolle deutsch-luth. Kirche der Hermannsbürger in Natal (Südafrika), eine der besten Stützen des Auslandsdeutschtums vielleicht auf der ganzen Welt, ging darum aus diesem berechtigten kirchlichen Selbstbewußtsein heraus sogar so weit, daß sie keinen Freimaurer, der sich noch zur Loge hält, zum Abendmahl zuläßt, von der Zugehörigkeit der Pastoren zur Loge gar nicht zu reden. Aber wo sonst bringt die evangelische Kirche noch solche Entschiedenheit auf? Ob aus Unwissenheit oder aus anderen Gründen, über solch harmlose, unangreifbare Dinge wie die Freimaurerei geht man stillschweigend und konziliant hinweg. Sollte Süderblom Freimaurer sein, so ist jedenfalls ein gut Teil seines Erfolges nicht so sehr seiner Persönlichkeit, seinen kirchlich-luth. Ideen und Betätigungen, sondern unbedingt seiner Zugehörigkeit zur internationalen Freimaurerloge aufs Konto zu setzen; eine Tatsache, an der nicht viel herumkritisiert werden soll, die aber als solche klar und deutlich festgestellt und im Auge behalten werden muß.

Ernst Friede, Scharnebeck b. Lüneburg.

Vom Stern der Weisen.

Aus der ältesten fränkischen Evangeliumdichtung.

Die beiden ältesten deutschen Evangeliumdichtungen sind der Heliand, für den man das Jahr 830 anzusetzen pflegt, und das etwa 30 Jahre später entstandene Evangeliumbuch des fränkischen Mönches Otfried, der etwa 790 geboren ist. Beides sind selbständige Verarbeitungen, zu denen dann noch die gotische Bibelübersetzung des Wulfila kommt. Das besondere an Otfried, der nicht nur für seine Franken, sondern für die Deutschen spricht, ist die neue künstlerische Form, die er der althochdeutschen Sprache gibt. An Stelle der alten deutschen stabsgerihten Langzeile, wie sie im wesentlichen im Heliand verwendet wird, bringt Otfried zum ersten Male Reimzeilen, die dem einfachen Volke leicht und verständlich klingen.

Wie der Heliand, so liegt auch jetzt Otfrieds Evangeliumbuch in einer ausgezeichneten freien Uebersetzung aus dem Althochdeutschen (von R. Fromme) im Furdberg-Verlag, Berlin, (gebunden RM 6,—) vor. Wie wir kürzlich die Weihnachtsgeschichte aus dem Heliand gebracht haben, so bieten wir heute aus Otfried die Geschichte vom Stern und von der Ankunft der Weisen. Wir hoffen, dadurch Lust zu machen, dieses alte deutsche christliche Hausbuch in dieser neuen Gestalt zu lesen. Es liegt in der Art des Buches, daß es mehr gibt als nur einen Bericht; der geistliche Dichter hat vielfach vertiefende und praktisch erbauliche Schlussbetrachtungen an die Geschichten anzuknüpfen gewußt. So haben wir in dem Buch ein Erbauungsbuch eigener Art.

Der Stern der Weisen.

Aus Otfried von Weisenburgs Evangelienbuch, der ältesten fränkischen Evangeliumdichtung. Aus dem Althochdeutschen übertragen von Richard Fromme. (Furdberg-Verlag, Berlin)

Kein Mann ist auf der weiten Welt,
Der all die Wunder recht erzählt,

Eine gewichtige katholische Stimme zum Fall Grosz.

In der führenden österreichischen katholischen Wochenzeitschrift „Das Neue Reich“ (1931, Nr. 1) lesen wir zum Fall Grosz folgende Äußerung, der wir voll zustimmen:

„Maul halten! Weiter dienen!“ — Soeben wurde der Grosz-Prozess zum fünften Male verhandelt. Worum ging es? 1928 wurde der bedeutende Zeichner George Grosz wegen Gotteslästerung angeklagt. Es handelte sich um die Mappe „Hintergrund“, in der die Blätter „Christus in der Gasmaske“, „Granatenspieler der Kanzelprediger“, „Ein Kreuzigungsbalanzierender Geistlicher“, „Ausgesaugung des Heiligen Geistes“ beanstandet wurden. Mit Recht? Mit Unrecht? Das eben ist die Frage. Die Sachverständigen sind sich selbst nicht einig. Sie haben allerdings sehr verschiedene geistige Heimaten. Der Reichskunstwart Redlob, Harry Graf Kessler, die Vertreter der religiösen Sozialisten und der Quäker sind unbedingt für den Künstler, auffallenderweise auch der eine der katholischen Sachverständigen; hingegen plädierten Lic. Dr. S. Schreiner, Berlin-Spandau, der Delegierte des Evangelischen Oberkirchenrats und der theologische katholische Sachverständige für Verurteilung des Zeichners. Der Fall Grosz ist also interessant. Aber mehr: er ist von grundsätzlicher Bedeutung.

Ueberlegen wir: ein der kommunistischen Partei angehöriger Künstler, dessen Zeichnungen seit je aufreizend agitatorischen Charakter tragen (wie zum Beispiel seine Sammlung „Gesicht der herrschenden Klasse“), bringt eine Mappe heraus, in der er seinen Griffel in den Dienst der Antikriegspropaganda stellt. Wenn er aber dabei den gekreuzigten Gottmenschen selber darstellt, mit einer Gasmaske vor dem Gesicht und Kommunistenfelsen an den Weinen, das Ganze unterschrieben: Maul halten! Weiter dienen! — Ist das keine Gotteslästerung? Grosz zwar versichert seine Religiosität, versichert, daß er keinen Christen verletzen wollte, daß er die unterstrichenen Worte als an Christus gerichtet, nicht von Christus gesprochen gedeutet wissen wollte. Aber genügen diese Beteuerungen? Hat der an den Beschauer so nachdrücklich appellierende Künstler nicht auch eine Verantwortung vor der Gemeinschaft? Heißt es nicht: „Du sollst die Kleinen nicht ärgern.“? Jeder unbefangene Gläubige nimmt an jener geschilderten Graphik Anstoß; allein schon deshalb, weil hier der Sohn Gottes als Vorspann für profane Zwecke benutzt wird. Christus war eben kein Sektierer, der jenen tragisch humanitären Pazifismus verkündet hätte, wie Grosz ihn propagiert. Genau so wenig, wie Christus sich gegen die römischen Militärs, die damals Palästina besetzt hielten, geäußert hat. Aber abgesehen von solcher Entweihung der heiligen Gestalt werden die meisten jene Worte Christus selbst in den Mund legen; der Ansicht ist sogar Geheimrat Kahle! Allein diese Doppeldeutigkeit macht die Zeichnung von Höheren als nur künstlerischen Gesichtspunkten ausverwerflich. In dem gewiß oft tragischen Zwiespalt zwischen ästhetischen und religiösen Werten hat der Gläubige sich unbedingt für die religiösen zu entscheiden. So liegt der Fall Grosz. Der Gotteslästerungsparagraph wird hier mit Recht angewandt!

82 Tote auf den Philippinen.

— Berlin, 6. Januar. Die Philippinen wurden, wie die „Voss. Ztg.“ aus New York meldet, von einem Taifun heimgesucht, der gewaltigen Schaden anrichtete. Die Berichte, die infolge der Zerstörung des Telefonnetzes nur spärlich einlaufen, geben 82 Tote und 50 Vermisste an, doch sollen die Gesamtverluste weit höher sein.

Die bei der Geburt des Herrn geschehn.
Was ich vorhin noch übersehen,
Will jetzt ich, daß es nicht verloren,
Erzählen: Da der Herr Christ geboren —
O daß ich davon schweigen muß heute,
Wie sich die Menschheit über die sel'ge Geburt freute,
Und wie sie vor dem ewigen Verderben errettet,
An das sie ohne des Herrn Hilfe gekettet! —
Also —: Da kamen von Osten Männer ins Land,
Denen der Sonne Bahn, der Sterne Stellung bekannt.
Die fragten: „Wo ist das Kind geboren,
Das — vernehmet es alle — zum König erkoren?“
Und so fragten sie überall die Leute,
Es keiner ihnen die Stätte deute.
Sie erzählten, wie glänzend das Zeichen war,
Das am Himmel erschienen licht und klar,
Und von dem Wunder, das man noch nie vernommen,
Daß ein Mensch von einer Jungfrau gekommen.
Und sie kündeten dann von seinem Stern,
Der ihnen erschienen im Osten fern:
„Wir sahen den Stern, obwohl wir nicht fanden
Die Burg, in der uns der Herr erstanden,
Kamen wir, um seine Gnade zu flehn.
Kann einer von euch die Gestirne verstehn?
Wir zählten sie alle und kennen sie,
Doch diesen einen sahen wir nie.
Deshalb wir es ohne Zweifel finden,
Er soll einen neuen König künden.
So schreiben in unserm Lande die Alten,
Wie es ja auch eure Bücher enthalten.“

Als diese Rede zum König gelangte,
Erschrak er heftig, und es bangte
Ob manches Haupt beschwert von Leid
Ob dem, was uns doch jetzt so freut.
Und er fragte sofort seine Schriftgelehrten,
Wo Christ geboren wäre auf Erden.
Und von den Priestern, die er fragte,
Der hohe wie der niedere daselbe sagte:
Sogleich den Namen der Burg sie nannten,

Ostfahrt des Kanzlers.

Die Ostfahrtenfahrt des Reichskanzlers verfolgt einen doppelten Zweck: einmal den so nötigen Kontakt mit der Bevölkerung des Ostens im Lande selbst zu gewinnen, und zweitens den Lebensmut und die Widerstandskraft dieser Bevölkerung zu stärken. In beiden Fällen dürfte der Erfolg nicht ausbleiben. Darüber hinaus ist die Ostreise Dr. Brüning's von hoher politischer Bedeutung. Und für sich wäre eine Studienreise des Kanzlers in die deutschen Ostgebiete nichts Ungewöhnliches, aber die Tatsache, daß der verantwortliche Leiter der Reichspolitik eine Woche lang in Begleitung einer Anzahl höchster Beamter das gesamte östliche Grenzgebiet bereift, um sich an Ort und Stelle von den verhängnisvollen Auswirkungen der unstilligen Grenzschließung im Osten persönlich zu überzeugen, beweist, daß die Reichsregierung sich der ausgleichenden Bedeutung der Ostfragen für die wirtschaftliche und politische Zukunft des ganzen Reiches aufs tiefste bewußt ist. Aus der Form des Besuchs und den Persönlichkeiten der Besucher ergibt sich ferner mit zwingender Deutlichkeit der entschlossene Wille der Reichsregierung, dem lange vernachlässigten deutschen Osten endlich volle Berücksichtigung angedeihen zu lassen und seiner schweren Not nach Kräften abzu- helfen.

Die große Aussprache im Regierungsgebäude in Schneidemühl gab dem Reichskanzler Brüning und seiner Begleitung Gelegenheit, mit den großen Schäden vertraut zu werden, die die Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen durch die Grenzschließung erlitten hat. Oberpräsident von Bülow wies darauf hin, daß zu der allgemeinen Wirtschaftskrise, die den gesamten Osten treffe, in der Grenzmark die ungewöhnliche Not und Armut des Bodens hinzukomme sowie die Verödung in drei unzusammenhängenden Teile, die besondere Verkehrserschwerungen schaffe. Wenn deshalb die Bevölkerung trotzdem trenn zu ihrer Heimat halte, so sei dies ein Zeichen für ihre ungewöhnliche Widerstandskraft und gleichzeitig eine Mahnung für das Reich, sich die unerlässlichen Bevölkerungselemente an Ort und Stelle zu erhalten und ihre Abwanderung zu verhüten. Hierauf legten der Landeshauptmann der Provinz, Caspari, und die Vertreter der Wirtschaft im einzelnen die schweren Nöte der Provinz dar.

Reichskanzler Dr. Brüning betonte in seiner Erwiderung, daß es wegen der politischen Entwicklung der letzten Monate leider erst jetzt möglich gewesen sei, die bereits für ein erhebliches Jahr vorgezeichnete Reise anzutreten. Der Entschluß zur Reise sei gern gefaßt worden. Die Teilnehmer seien begleitet von den Segenswünschen des Reichspräsidenten. Sie seien gesonnen, keine Versprechungen zu machen, die nicht gehalten werden können. Aber auch unter den ungünstigsten Verhältnissen seien viele Maßnahmen möglich, wenn enge Fühlung zwischen dem pulsierenden Wirtschaftsleben draußen und den verantwortlichen Handelnden in der Regierung vorhanden sei. Die zahlreichen Unterhaltungen, die bereits auf der Reise gepflogen worden seien, hätten gezeigt, daß trotz allen guten Willens auf allen Seiten auch in der östlichen Landwirtschaft und ganz besonders der Grenzgebiete Fehlerquellen lägen, die beseitigt werden mußten. Sie hatten in weitem Maße in der Vergangenheit verhindert, daß wohlgezielte Pläne vom Reich und von Preußen erfolgreich hätten durchgeführt werden können. Früher sei es möglich gewesen, im Reichstag Anträge zu stellen, auf Grund derer Hunderte von Millionen und dann fortwährend geringere Summen bewilligt worden wären. Diese Zeiten seien vorbei. Agitationsanträge würden nicht mehr ernst genommen. Die Zeit sei zu nüchtern, um unverantwortliche Pläne zu verfolgen. Mit Mitteln, die trotz mancher Fehler der Vergangenheit bewilligt worden seien, müßte der höchste Nuzzeffekt erreicht werden, insbesondere im Osten. Das sei nicht leicht, denn die Regierung stoße oft auf Widerstand und Mißverstehen.

Demgegenüber sprach der Kanzler die Bitte aus, die Grenzbevölkerung müsse den Mut zur Selbsthilfe

Den sie aus den alten Propheten kannten.
Als dem König Christi Geburtsort bekannt,
Er eine teuflische List erfand.
Die Weisen aus dem Morgenlande ließ er zu sich laden,
Mit ihnen sich geheim zu beraten.
Er frag, wann der Stern ihnen erschienen wär;
Und das Kind sollten sie suchen, verlangte er.
„Zeigt mir an“, sprach er, „des Sternes Bahn,
Folgt ihm und fragt die Leute, ob sie sahn
Das Kind und achtet auf alles gut,
Auf daß ihr mirs dann schleunig zu wissen tut.
Denn auch ich will, wie mir gar manche rieten,
Es anbeten und ihm meine Gaben bieten.“
O wie irrte da der klägliche Mann mit seinen Augen!
Durch Mord wolt er uns um den Segen betrügen.

Auf dieses Gebot machten sich auf die Weisen schnell;
Gleich erschien auch der feldame Stern gar hell.
Wie freuten sie sich, als sie ihn wiederfanden!
Ihre Augen sie nicht mehr von ihm wandten.
Auf seines Lichtes Fährte hind
Führt' er sie hin zu dem heiligen Kind.
Als sie das Haus nun sahen und traten hinein,
War dort der Sohn mit der Mutter sein.
Anbetend vor dem Kinde sie niederknieten,
Um Huld zu bitten und Ehrfurcht zu bieten.
Sie öffneten ihren Schatz und brachten dar
Die Gaben, wie es rechtens war,
Myrrhe und Weihrauch und des Goldes Klarheit,
Herrliche Gaben. — Sie suchten seine Wahrheit.

Fürwahr, sie konnten wohl bringen mehr,
Doch war's genug, daß es mystisch bedeutsam wär.
Mit dieser Wundergabe kündeten sie der Welt!
Den Glauben, der uns alle erhält:
Daß Jesus als unser König geboren
Und als unser Priester für uns den Tod erkoren.
Den Weisen aber im Traume sich Engel neigten,
Die ihnen einen anderen Heimweg zeigten,
Daß sie den König nicht trafen, seines Gebots nicht
dachten,
Von dem großen Heil ihm nicht Kunde brachten.

nicht verliert
Enge geno
fachtung der
Fehlerquellen
sei auch die
dem Osten f
fallen, und
im Reichstag
tel bewilligt
durchzuführen
dann ständen
sein, um die
beit, Opfer
des Ostens
Nation bewi
und Reichsp
legung in d
Teilen des
rungen des
unvollkomme
untermau
Gegen i
reise nach K

Dr. Brüning

Die Besprechung
Der Reich
ihrer Ostreis
berg ein. A
begaben sich
Besprechung
Wirtschaft z
danke dem
Reise in die
tägigen Auf
den festen W
regierung u
nicht nur ver
lich völlig ab
schweren Nö
und Kultur
sein.

Das Ost
fident aus
berer Not be
wirtschaft. A
losigkeit, die
wirtschaftliche
genauigkei
fendsten auf
vorwiegend a
im Osten noch
schaft durch d
Schädigung a

Was kann m
Wirtschaft wi
Osthilfe auf e
provinz wie
bei der Lan
jahren forder
wirtschaftliche
Steuerlasten,
lung von Au

Zusamm
„Alle diese
und sein Ant
kraftvoll sol
schaftliche Be
gegenüber de
keit der Zerst
ander getren
liche Zusamm
aus wirtschaft
der wird ein
gelung des St
die Provinz

Da wandten
Auf dieser Str
Diese Jah
Daß auch wir

Jahr 100. G

Wer fern
Verdienste ni
wohl keiner
Abnung von

Ernst D
Januar 1831
angesehenen
Kindern die d
Heinrich
des Deutschen
merischen Abst
weibung des

nicht verlieren; das auszuspochen, sei seine Pflicht. Enge genossenschaftliche Zusammenarbeit, Vereinfachung der Wünsche, ausreichende Vermeidung von Fehlerquellen, das sei das Gebot der Stunde. Nötig sei auch die Selbsthilfe in der Politik. Gerade aus dem Osten seien häufig starke agitatorische Worte gefallen, und doch habe der Osten nicht die Kraft gehabt, im Reichstag durchzusetzen, daß der Regierung die Mittel bewilligt wurden, um die nötigen Maßnahmen durchzuführen. Wäre dies in letzter Zeit geschehen, dann ständen die Summen zur Verfügung, die nötig seien, um durchgreifend zu helfen. Für die treue Arbeit, Opferwilligkeit und Hingabe, die die Bevölkerung des Ostens aller Grenzbezirke für die ganze deutsche Nation bewiesen habe, danken ihr Reichsregierung und Reichspräsident. Wenn ruhige politische Überlegung in Zukunft gerade auch in den bedrängtesten Teilen des Ostens herrsche, dann werde es den Regierungen des Reiches und Preußens gelingen, das noch unvollkommene Fundament der Osthilfe fest zu untermauern.

Gegen Mitternacht setzte der Kanzler die Weiterreise nach Königsberg fort.

Dr. Brüning in Ostpreußen.

Die Besprechung in Königsberg. — Oberpräsident Siehr über das Ostpreußenproblem.

Der Reichskanzler und seine Begleitung trafen auf ihrer Ostreise Dienstagsvormittag um 9 Uhr in Königsberg ein. Nach Begrüßung auf dem Hauptbahnhof begaben sich die Herren sogleich zu der vorgesehenen Besprechung mit den Vertretern der Behörden und der Wirtschaft zum Oberpräsidenten. Oberpräsident Siehr dankte dem Reichskanzler dafür, daß er durch seine Reise in die Ostmark und besonders durch den dreitägigen Aufenthalt in Ostpreußen deutlich erkennen lassen wollte, daß der Reichspräsident und die Reichsregierung unter der Führung des Reichskanzlers nicht nur versammelten, sondern auch vom Reich räumlich völlig abgetrennten Provinz Ostpreußen und ihrem schweren Ringen um die Erhaltung ihrer Wirtschaft und Kultur und damit ihres Deutschtums behilflich zu sein.

Das Ostpreußenproblem — so führte der Oberpräsident aus — ist ungemein vielseitig. Ein Teil unserer Not beruht auf der Desorganisation der Weltwirtschaft. Dazu gehört die Volksgeißel der Arbeitslosigkeit, die Überproduktion von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen und als Folge davon die gewaltige Landwirtschaftskrise, die wiederum am drückendsten auf den östlichen Grenzgebieten wegen ihres vorwiegend agrarischen Charakters lastet. Dazu kommt im Osten noch hinzu die schwere Schädigung der Wirtschaft durch die Grenzschließung im Osten, die schwerste Schädigung aber für Ostpreußen ist

seine völlige Isolierung.

Was kann nun zur Hilfe geschehen, bis Ostpreußens Wirtschaft wieder kräftig genug ist, ohne Reich und Osthilfe auf eigenen Beinen zu stehen. In einer Agrarprovinz wie Ostpreußen müßte naturgemäß der Hebel bei der Landwirtschaft angelegt werden. Im einzelnen forderte der Oberpräsident Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Absenkung der Steuerlasten, Milderung der Hypothekenzinsen, Gefestigung von Ausnahmetarifen durch die Reichsbahn usw.

Zusammenfassend erklärte der Oberpräsident: „Alle diese Hilfen sollen Ostpreußens Wirtschaft stark und sein Kulturleben hoch erhalten, damit Ostpreußen kraftvoll solange aushalten kann, bis einmal die wirtschaftliche Verarmung in der Welt sich wieder durchsetzt gegenüber der in Versailles geschaffenen Unmöglichkeit der Zerstückelung Deutschlands in zwei voneinander getrennte Stücke. Gerade wer eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unseren politischen Nachbarn aus wirtschaftlichen und politischen Gründen wünscht, der wird eine vollständige Vereinbarung über die Regelung des Korridorproblems für unannehmlich halten. Die Provinz Ostpreußen jedenfalls wird auf ihr Recht

kläres Verlangen einer Wiederherstellung der gemeinsamen Grenze mit dem übrigen deutschen Vaterlande niemals verzichten können.“

Anschließend verwies Landeshauptmann Dr. Blunk auf die sinkende Wirtschaftskraft Ostpreußens und die hierdurch bewirkte Abwanderung nach dem Reich. Der drohende Zusammenbruch der Wirtschaft Ostpreußens aber würde eine Preisgabe der Provinz und damit den endgültigen Verzicht des Reichs auf die Rückgabe des Korridorgebietes bedeuten. Wirtschaftlich gesehen sei Ostpreußen ein einziger Krankheitsherd, nicht nur auf dem Gebiete der Landwirtschaft, sondern aller Erwerbsstände. Konfurs, Zwangsversteigerungen, Arbeitslosigkeit und eine im Jahrzehnt in die Hunderttausende gehende Abwanderung von Arbeitskräften kennzeichneten diese katastrophale Entwicklung. Alle bisherigen Hilfsaktionen hätten den wirtschaftlichen Niedergang Ostpreußens nicht aufhalten können. Nur ganz außergewöhnliche und wirklich durchgreifende Mittel hätten noch Aussicht auf Erfolg.

Die Antwort Dr. Brüning's.

In seiner Erwiderung erklärte der Reichskanzler, mit der Erkenntnis der Notlage allein sei es nicht getan, auch nicht mit der Tatsache, daß in den vergangenen Jahren alle Reichskabinette sich bemüht hätten, für die Ostgebiete und vor allem für Ostpreußen etwas Außergewöhnliches zu tun. Das sei auch von vornherein besondere Aufgabe der jetzigen Reichsregierung gewesen, aber es habe sich doch in den letzten Monaten herausgestellt, daß noch eines, ja ein Doppeltes nötig sei: Fehlerquellen zu entdecken, die sich vielfach aus der Verwendung von öffentlichen Mitteln und auch sonst in der ganzen Aufbauarbeit der östlichen Grenzgebiete ergeben hätten.

Man wäre mit vielen Maßnahmen, die auch schon vor der jetzigen Regierung getroffen worden seien, sowohl vom Reich als auch vom Land Preußen, vielleicht in mancher Beziehung weiter gekommen, wenn die reibungslose und fehlerfreie Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Stellen und Organisationen in den letzten Jahren sichergestellt worden wäre.

Keine Einigung an der Ruhr.

Fortgang des Schlichtungsverfahrens.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat seine Anwesenheit im Ruhrgebiet benutzt, um die fristige Lohnfrage mit den beiderseitigen Verbänden und mit einzelnen führenden Persönlichkeiten aus neuer eingehender durchzusprechen. Die dortigen Verhandlungen haben jedoch eine Möglichkeit der Annäherung der beiderseitigen Standpunkte nicht ergeben. Das Schlichtungsverfahren wird daher am 7. Januar unter dem Vorbehalt des Schlichters für Westfalen seinen Fortgang nehmen.

Die Reichsregierung hält ihren Standpunkt aufrecht, daß eine gewaltsame Austragung dieses Konflikts bei der gegenwärtigen Gesamtlage Deutschlands nicht zu verantworten wäre und wird ihre Bemühungen nach einer friedlichen Beilegung nachdrücklich fortsetzen. Da die Kündigung der einzelnen Arbeitsverträge erst zum 15. Januar wirksam wird, bleibt hierfür auch noch ausreichend Zeit.

Arbeit statt Unterstützung.

Finanzminister Dietrich zur Arbeitslosenfrage. — Umstellung der Arbeitslosenpolitik. — Aufschub für die mehrbeschäftigten Arbeiter.

— Stuttgart, 6. Januar.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach auf der Landesparteiversammlung der württembergischen Demokraten über wichtige Tagesprobleme. Der Hauptteil seiner viel beachteten Rede war der Frage gewidmet, wie man den Erwerbslosen an Stelle von Unterstützung Beschäftigung verschaffen und das große Heer der Arbeitslosen in die Wirtschaft einbauen könne.

Er sagte in seiner Ansprache: „Wer das Glück hat, wenn er auf die Welt kommt, in pommerische Heimat gewidmet zu werden, der wird gerade.“

Nun Heinrich von Stephan ist gerade geworden. Mit eiserner Energie strebte er von Jugend an von Ziel zu Ziel und schon in der Schule fiel er durch hervorragende Leistungen in allen Fächern auf.

Seine Berufswahl machte ihm keine Schwierigkeiten, er war sofort für die Postlaufbahn, die manchem anderen als trocken erscheinen würde. Zunächst war er nach dem Verlassen des Gymnasiums noch zu jung, um in den Staatsdienst zu treten, so machte er den einzigen Buchhändlerladen in Stolp zu seiner Universität. „Die ersten und einzigen Schulden, die ich im Leben gemacht habe, standen im Buche des Sortimenters meiner Vaterstadt“, sagt Stephan zum 50jährigen Jubiläum des Börsenvereins deutscher Buchhändler, und die allbekannte buchhändlerische Langmut im Kreditgeben kam auch mir zu statten.“

Seit seinem Eintritt am 20. Februar 1848 als Posttelebe bei dem Postamt seiner Vaterstadt stieg er ununterbrochen von Stufe zu Stufe. Seine umfassende Bildung, seine Sprachkenntnisse, sein klarer Blick und sein mannhafter und froher Charakter erleichterten ihm den Weg. Es wäre müßig, hier eine langweilige Chronik seiner beispiellosen Karriere und seiner Ehrungen zu geben. Es mögen kurz die Taten dieses Mannes sprechen.

Heinrich Stephan trug die Wirksamkeit der Post bis ins kleinste Gebirgsdorf. Heinrich Stephan schuf die offene Postkarte, ohne die für uns heute ein postalisches Verkehr undenkbar wäre. Er verbilligte, vereinfachte und beschleunigte den Postverkehr. Seine Leistungen sind unzählbar, kein alter Post konnte vor ihm bestehen. Auf dem Gebiete des Telegraphen, des Telephons und der Hochpost war er ein reicher Förderer der Technik. Der Volksschullehrer Reis war der Urheber zur Erfindung des Telephons. Er erntete keinen Dank. Stephan aber war es, der wenigstens für die Witwe des Erfinders eine Ehrenrente durchsetzte. Stephan arbeitete den ersten modernen Posttarif aus. Die Krönung seines Werkes war aber der Weltpostvertrag, durch den am 9. Oktober 1874 der Allgemeine Postverein gegründet wurde. Dieses Werk wurde auf mehreren internationalen Postkongressen

beisammen allmählich wieder in den Wirtschaftsprozess einreihen kann.

Die Sorge, die alles überschattet, so erklärte der Minister, ist die Wirtschaftskrise und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit. Für diese haben wir im laufenden Jahre voraussichtlich einen Aufwand von 2,2 Milliarden Mark. Die äußeren Kriegslasten betragen 1,7 Milliarden, die inneren über 2 Milliarden Mark. Wir sind also von vornherein mit einer

unproduktiven Ausgabe von 6 Milliarden Mark

im laufenden Jahre belastet. Es besteht die Gefahr, daß unser heutiges Wirtschaftssystem, dessen Grundlage die privatkapitalistische Wirtschaft ist, in Lebensgefahr gerät, wenn es keine Beschäftigung der Arbeitslosen zu schaffen vermag. Die Hauptgefahr liegt der Minister in der Verdrängung des selbständigen Unternehmers, auf dessen Erfindergeist und Wagemut das privatkapitalistische System beruht und in der Unbeweglichkeit und Unwirtschaftlichkeit großer Konzerne, die mit ihrer großen Beanspruchung des Kapitalmarktes und der Banken auf die Dauer eine Gefahr bedeuten.

Die Arbeitslosenversicherung aber hat das Band der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenso gelockert wie den Verantwortungssinn der Familienangehörigen für die Familienmitglieder. Eine Unmenge Not beruht auf diesen Dingen. Die Frage stellt sich ganz klar so: Welche Wege gibt es, die Arbeitslosen statt sie zu unterstützen, zu beschäftigen?

Mit dem Wohlfahrtsaufwand der Gemeinden werden zur Zeit ohne Gegenwert im ganzen für die Arbeitslosen gegen drei Milliarden Mark ausgegeben. Das ist so ungeheuerlich, daß alle grauen Theorien und theoretischen Bedenken zurücktreten und

neue Wege gewagt

werden müssen. Wir müssen versuchen, an irgendeinen Punkt einzusetzen, um den Produktionsprozess zu beleben, entweder indem wir bei den wichtigsten Urprodukten zusetzen und dabei gleichzeitig die Preise heruntersetzen, oder aber indem wir bei verarbeitenden Industrien einsetzen, die besonders wichtige Rohprodukte verbrauchen.

Ich stelle mir das nicht im Wege einer Subvention vor, sondern so, daß wir für die mehrbeschäftigten Arbeiter einen Zuschuß leisten, der der Verbilligung dient. Wo vier Millionen Staatsbürger in Gefahr sind, in die Verzweiflung getrieben zu werden, sind positive Maßnahmen alles und Bedenken nichts. Obendrein können wir allen Gefahren begegnen, wenn wir den Versuch nur auf kurze Zeit machen, auf lange Sicht aber durch die Wirtschaftspolitik aus der Vergangenheit lernen.

Wenn wir einmal eine Hochkonjunktur haben, dürfen wir nicht auch noch den Wohnungsbau forcieren, sondern diese Arbeit muß für Zeiten der Krise zurückgehalten werden, ebenso wie wir im Reich, im Staat, in den Gemeinden, bei der Eisenbahn und bei der Post in guten Zeiten eine Mandrieremasse ansammeln müssen, die in der Stunde der Not eingesetzt wird.

Das Bedenken, daß der

durch die Tributlasten bedingte Kapitalmangel uns die Möglichkeit, die Krise zu überwinden, überhaupt nimmt, darf nicht übersehen werden, kann uns aber am positiven Vorgehen nicht hindern. Es ist richtig, daß der Kapitalentzug durch die Tributlasten uns nicht nur das Blut der Wirtschaft nimmt, sondern auch, weil infolgedessen die Wirtschaft nicht genügend befruchtet wird, mit vermehrter Arbeitslosenunterstützung belastet. Aber darüber hinaus ist die Tributlast auch ein Störungsmoment in der Weltwirtschaft selbst, da durch die Schwächung der Kaufkraft des Geldes immer mehr in der Weltwirtschaft ein Zustand heraufzueht, welcher auch den empfangsberechtigten Staaten schädlich wird.

Ob und in welchem Zeitpunkte die Regierung das Reparationsproblem wieder aufgreifen muß, kann heute nicht entschieden werden. Auf seinen Fall wird unter

weitergeführt, und wenn Heinrich von Stephan auch die formale Begründung des Weltpostvereins nicht mehr erlebte, als sein geistiger Begründer wird er von der ganzen Welt anerkannt. Überall war er schöpferisch, nie toter Beamter, immer eng verbunden mit der Wirklichkeit und der Wissenschaft.

Eine hervorragende wissenschaftliche Tat war die Errichtung eines Postmuseums in Berlin, ein Museum, das einzig in der Welt dasteht.

Im Kriege 1870-71 hat er sich besondere Verdienste um die Verbindung zwischen Heer und Heimat durch die Schaffung der Feldpost erworben. Heinrich von Stephan war aber auch ein Staatsmann, der als Staatsminister, Mitglied des Reichsrats und des Herrenhauses seinen Posten mit diplomatischem Geschick befüllte. Bei der Post hatte selbst der allmächtige Bismarck nicht viel dreinzusetzen, sagte er doch selbst einmal: es geschehe bei der Post manches, was seiner Überzeugung zuwiderlaufe, aber er vermöge es nicht zu ändern.

Das Vertrauen Bismarcks hat Stephan allerdings immer genossen, und Stephan hat alle äußeren Ehrungen ehrlich verdient. Den wissenschaftlichen Adel erhielt er 1873 durch die Verleihung des Dokortitels an der Universität Halle, der erbliche Adel wurde ihm 1885 gegeben. Den höchsten Adel aber hat er sich durch sein Werk verdient, einen Adel, der ihm nicht nur den Dank seiner Nation, sondern der ganzen Welt eintrug, denn er allein rief kühn alle Schranken nieder, die vor seiner Zeit einen postalischen Weltverkehr unmöglich machten.

In seinen letzten Lebensjahren hatte sich bei dem kranken Mann, der auch als eifriger Jäger einen guten Ruf genoss, eine Zuckerkrantheit eingeschlichen. Eine harmlose Wunde am Hals wollte, wie so oft bei Zuckerkranken nicht heilen. Am 3. April 1897 mußte schließlich der rechte Unterarm amputiert werden und am 8. April wurde durch den Brand der Tod herbeigeführt.

Der Kranke, ein Beispiel höchster Pflichterfüllung, hat bis zum letzten Augenblick noch Amtsgeschäfte erledigt. Einen noch heute erstaunlichen Weisheitsblick bewies Stephan in einem Vortrag: „Weltpost und Luftschiffahrt“, den er bereits am 24. Januar 1874 im wissenschaftlichen Verein zu Berlin gehalten hat.

Da wandten sich eilends heim die Weisen, Auf dieser Straße ins eigene Land zu reisen.

Diese Fahrt mahnt uns, zu unserm Heil zu achten, Daß auch wir nach dem eigenen Lande trachten.

Heinrich von Stephan.

Zum 100. Geburtstag des Schöpfers des Weltpostvereins.

Wer kennt den Namen dieses Mannes und seine Verdienste nicht? Wohl keiner im Deutschen Reich — wohl keiner auf der ganzen Welt, der auch nur eine Ahnung von der Geschichte des Postwesens hat.



Ernst Heinrich Wilhelm Stephan wurde am 7. Januar 1831 zu Stolp in Pommern als Sohn eines angesehenen Schneidermeisters geboren, der seinen sechs Kindern die denkbar beste Erziehung gab.

Heinrich Stephan, der erste General-Postdirektor des Deutschen Reiches, hat sich freudig zu seiner pommerschen Abstammung bekannt und anlässlich der Einweihung des Posthauses in Stolp im Jahre 1879

Verlegung von irgendwelchen Verträgen vorgegangen werden.

Der Redner wandte sich dann gegen die „Wunderdoktor“, die dem deutschen Volke mit Geldtheorien und mit Schlagworten helfen wollten. Auch im Kriege habe es Menschen gegeben, die die Bevölkerung statt mit Brot mit Brotmarken gefüttert hätten. Aber so wenig man Nahrungsmittel durch Nahrungsmittelmarken ersetzen kann, erklärte Dr. Dietrich, so wenig kann man Kapital, das nicht vorhanden ist, durch irgendein Schriftstück herbeizubringen.

Das Kabinett gibt das Steuer nicht aus der Hand.

Die Regierung, so erklärte der Minister zum Schluß, glaubt an die Lebenskraft des deutschen Volkes. Sie hat nicht die Absicht, das Steuer aus der Hand zu geben und wird sich auch durch das ungeheure Durcheinander im Volke den Blick für das praktisch Mögliche nicht trüben lassen und den Kampf wie bisher mit Ruhe und Energie führen in dem Bewußtsein,

Gegen die Propaganda der Gottlosen.

Antrag im Preussischen Landtag.

Die Preussische Volkspartei hat im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Wie die Zeitungen melden, beabsichtigen die russischen Gottlosen-Verbände in diesem Jahre eine starke antireligiöse Propaganda in anderen Kulturstaaten, besonders auch in Deutschland, ins Leben zu rufen.

In Berlin soll — evtl. in der verschleierte Form eines eingetragenen Vereins — eine „Internationale der Gottlosen“ gegründet werden, die mittels des Kampfs gegen alle religiösen Kulte betreiben, sowie den Kirchenaustritt und die Propaganda unter Schülern und Halberwachsenen in den Volksschulen und den Berufsschulen organisieren soll.

Wir beantragen: Der Landtag wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, mit allen gesetzlichen Mitteln diesem Treiben ausländischer Agitatoren entgegenzutreten und rücksichtslos alle Ausländer aus Preußen auszuweisen, die sich an der Hege gegen die kirchliche Arbeit in Preußen beteiligen.“

Kurssturz der Young-Anleihe.

— Paris, 7. Januar. An der hiesigen Börse ist auf Gerüchte über eine angeblich unmittelbar bevorstehende deutsche Initiative zur Herbeiführung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen ein scharfer Kurssturz der Young-Anleihe erfolgt. Im Dezember lauteten die Kurse 800, jetzt 710.

Londoner Unfreundlichkeiten.

Die „Times“ gegen Young-Revision. — „Die Krise noch nicht heftig genug.“ — Moratorium nur als „letzte Zuflucht“.

Die Londoner „Times“ wendet sich in ziemlich unfreundlichem Ton gegen die Revisionswünsche, die bei dem Neujahrsempfang des Reichspräsidenten geäußert worden sind. Das englische Blatt gibt zwar zu, daß das dauernde Sinken der Weltmarktpreise die wirkliche Last der Haager Jahresraten in einer Weise erhöht habe, wie es die Youngplan-Sachverständigen schwerlich hätten voraussehen können. Deutschland hätte offenbar ebenso stark als andere Völkern unter der Weltdepression zu leiden und unter diesen Umständen sei es nur natürlich, daß die deutsche Regierung alle Wege zu erforschen suche, diese Lasten zu erleichtern.

Andererseits seien, so meint das Blatt, die Bestimmungen über die Herbeiführung eines Zahlungsaufschubs im Youngplan nur als „letzte Zuflucht“ gemeint. Nur eine Krise, die so heftig sei, daß sie die wirtschaftliche Stabilität Deutschlands gefährde, könne der Reichsregierung das Recht geben, die besondere Art von Zahlungsunfähigkeit zu erklären, die als Moratorium bezeichnet zu werden pflege. Eine solche Lage sei aber tatsächlich nicht eingetreten.

Auch die zeitweilige Krise des letzten Sommers ist nach Ansicht der „Times“ keine Wirtschaftskrise gewesen, sondern vielmehr eine Vertrauenskrise, die auf unverantwortliche politische Meinungen zurückzuführen sei. In wirtschaftlicher Beziehung könne diese Politik nur dazu beitragen, gerade die Krisis herbeizuführen, und in politischer Beziehung könne nur die Solidarität der Gläubiger Deutschlands stärken.

Es klingt wie ein bitterer Hohn, wenn das Londoner Blatt das Bestehen einer ersten Krise in Deutschland ablehnet. Zeugen denn die vier Millionen Erwerbsloser nicht von schwerster Wirtschaftsnot, müssen es gar fünf oder sechs Millionen werden, bis die Möglichkeit der „letzten Zuflucht“ gegeben erscheint? Muß Deutschland erst völlig zusammenbrechen, ehe es von der im Youngplan vorgesehenen Möglichkeit des Zahlungsaufschubs Gebrauch machen darf? Das wäre Katastrophenpolitik, auf die sich Deutschland unter keinen Umständen einlassen darf. Wenn die Reichsregierung von ihrem Rechte Gebrauch machen will, ihre Zahlungsunfähigkeit zu erklären — und dieser Augenblick ist gewiß nicht mehr fern —, dann wird sie sich auch durch die versteckten Drohungen mit der „Solidarität der Gläubiger“ in ihrem Tun nicht irre machen lassen dürfen.

Der italienische Brasilienflug geglückt.

Die Flugzeuge am Ziel.

Neugork, 7. Januar. Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, haben zehn italienische Militärflugzeuge ihr Ziel erreicht. Nachdem bereits ein Flugzeug auf hoher See notwassern mußte, wurde ein zweites Flugzeug durch Motorstörungen gezwungen, an der Nordostküste Brasiliens am St. Pauls-Felsen niederzugesinken. Die Mannschaft konnte von einem Kreuzer geborgen werden.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Das Versorgungsamt Bielefeld teilt mit: „Militärrentenempfänger, Rentenanspruchsteller, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene solcher wenden sich mit Anfragen und Anträgen in Versorgungsangelegenheiten irrtümlicherweise noch oft an das Reichsarbeitsministerium oder an das Hauptversorgungsamt, anstatt an das für ihren Wohnort zuständige Versorgungsamt. Die Gesuchsteller werden darauf aufmerksam gemacht, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie sich mit Anfragen und Anträgen stets unmittelbar an das Versorgungsamt wenden.“

Bekanntmachung: Der Maurer Franz Bergemann in Gadderbaum, Eggeweg Nr. 108, ist durch Beschluß vom 5. Dezember 1930 wegen Trunksucht entmündigt. Amtsgericht Bielefeld.

Bethel.

Frauenhilfe. Mittwoch, den 7. Januar im Jungfrauenaal des Asaphheims. Frau Baumeister Kunze.

Oratorienchor. Am Donnerstag, den 8. Januar, beginnen die Übungen wieder. Es wird um pünktliche und zahlreiche Beteiligung gebeten.

Donnerstag, den 8. dieses Monats, keine Blaukreuzstunde.

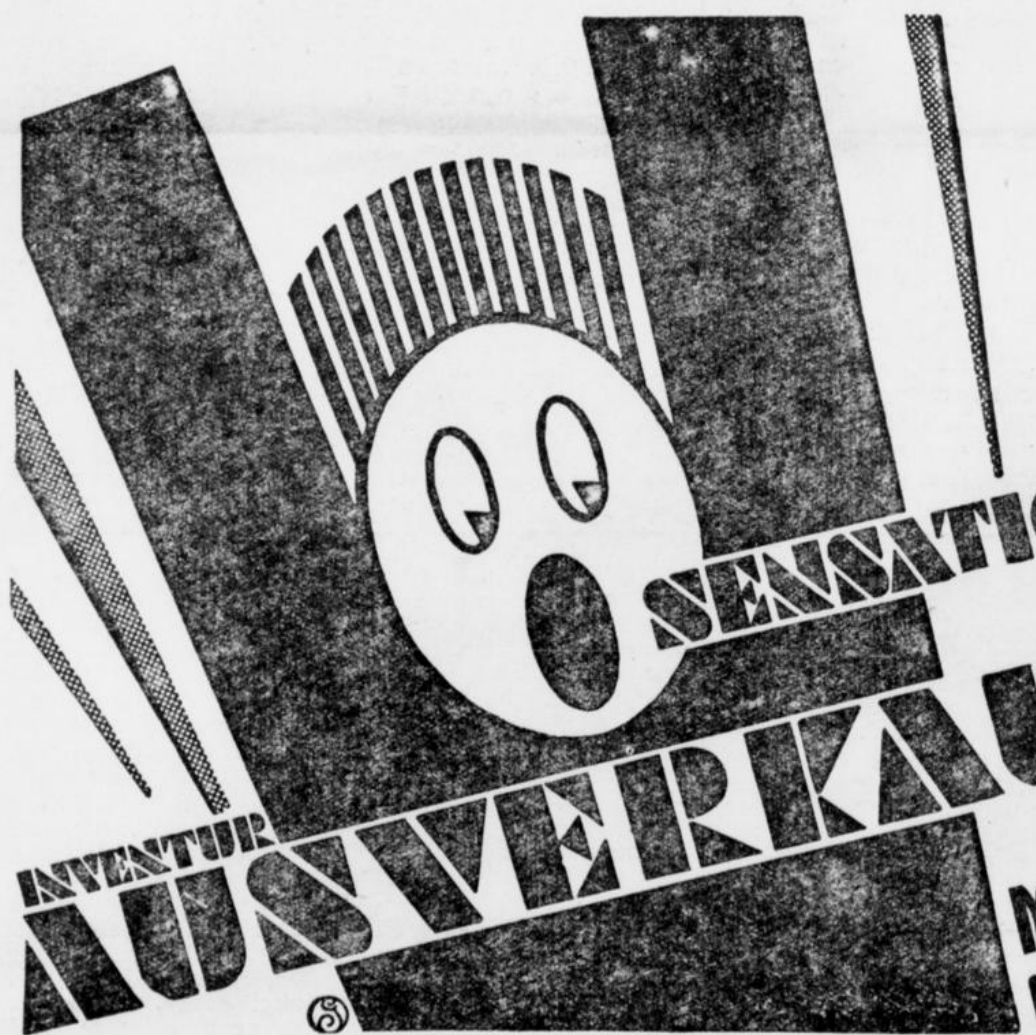
Christlicher Verein junger Männer.

Unsere Mitgliederversammlung kann erst am Freitag, d. 16. Januar, stattfinden. Wir nehmen in dieser Woche teil an den Vorträgen in Zion.

Unsere Verkaufsräume bleiben wegen Aufnahme am 7. und 8. Januar geschlossen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Büttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.



SENSATION

AUSVERKAUF

Beginn
Mittwoch,
den 7. 1. 31

Haarsträubend billige Preise

Herren-Ülster	moderne 12teilige Formen von	18.- an
Herren-Paletots	mit Samtkragen, 12teilige Formen von	25.- an
Herren-Anzüge	tragfähige Qualitäten . . . von	18.- an
Loden-Mäntel	erprobte Stoffe von	12.50 an
Trench-Coats	und Gummimäntel von	8.- an
Winter-Joppen	warm gefüttert von	8.50 an
Sport-Stutzer	moderne Farben von	30.- an
Haus-Smoking	warme, mollige Stoffe . . . von	10.- an

Herren-Hosen	gestreift und gemustert . . . von	1.75 an
Breeches u. Knickerbocker	moderne Musterungen . . . von	4.75 an
Chauffeur-Anzüge	strapazierfähige Stoffe . . . von	25.- an
Kellner Frack-Anzüge	besonderes Angebot . . . Anzug	30.- an
Diener-Anzüge	in blau und grün Anzug	40.- an
Knaben-Anzüge u. -Mäntel	in allen Stoffarten von	3.- an
Knaben-Pullover	neue Muster von	3.- an
Leibchen-Hosen	in allen Dessins von	95 an

Aluminium-u. Korbwaren



in guter, starker Ausführung fertigen an und empfehlen die

„Tiberias-Werke“ der Anstalt Bethel

Verlangen Sie bitte Preisliste.

Suche sobald wie möglich

Stellung

als Säuglingspfleger (Staats-examen). Freundl. Angeb. erb. Schwester Elisabeth Kaiser, Wetter (Ruhr), Friedrichstr. 17.

Gebrauchtes

PIANO

gut durchgesehen zum Preise von Mk. 325,- abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Gärtnergehilfe

(ledig, 27 Jahre, Pastorensohn) sucht Anstellung in christl. Anstalt. Angebote erbittet

Gans Busch, Naumburg a. S. Artilleriestraße 6a



KLISCHEES

ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT JHRER ANZEIGEN.

ALLE DRUCKSTÜCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG

BORGSTADT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON Nr. 1306

Stellengesuche u. Angebote haben im „Aufwärts“ großen Erfolg

Warten Sie

bis zum 9. Januar, dann beginnt unser Verkauf von Resten, Einzelstücken usw. zu äußerst günstigen Preisen.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen.

Werbt für den Aufwärts!

Seit die Tagung sind nicht so geworden worden päpstliche Politik von deutschen Politikern Ratstagung ist, die nach machen in e vor dem A kennzeichnen der Locarno über den vi und es bedeu Staatsmann unflösch ve hinweg ger diskutieren, entsprach an in Deutschl Kampf pazi Neben viel felhaft in di ten des Vol zur lokalen gen und zu dieser ehrlich internationaler einer allm kommen ha auf das gran die auf Loc den Reaktion man dem S ten zu könn Nationalism der die Abk vollzogen u tet werden l ung der H einzuschägen innerpolitische langsam sich den Neuor Hemmnisse ist den aufz des 3. St. g diglich als S tet, weniger rer Minister werden.

An zwei kenntlich, die Winderh die gefante das gefante zu lenken, i drohung, die eine Auswir räumung de als die Neu die Anstreng ten ostdeutse verfolgte D geht, das gr Volkes entsch griff zu ne Deutschland Deutschlums Not, in der haltbare Gr schritte gem ungeschaffes des Versaill tionale Zusa öfteren darg Genf mit ve wo die deut